



Gerhard Seyfried

An alle Bürgerinnen und Bürger



Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

laut einer aktuellen Studie sagen vier von fünf Deutschen, die Krise vergrößere die Kluft zwischen Arm und Reich. 91 Prozent glauben, sie würde uns noch lange beschäftigen.

Eine Mehrheit der Gesellschaft will nach allen Umfragen, dass es endlich gerechter zugeht, dass ihre Interessen stärker berücksichtigt werden.

Wir wollen das auch. Wir kämpfen für einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro die Stunde und eine sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV. DIE LINKE fordert eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro und die Rückkehr zur Rente schon ab 65. Wir wollen endlich die Löhne und Renten im Osten an die im Westen angleichen. Als einzige Fraktion hat DIE LINKE im Deutschen Bundestag konsequent gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr und gegen Waffenexporte gestimmt.

Wir streiten für eine solidarische Gesundheitsversicherung statt Zwei-Klassen-Medizin, für die Umverteilung von oben nach unten durch ein gerechteres Steuersystem, für Mietpreisbegrenzungen und den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, für die bezahlbare Versorgung mit Strom und Wasser und für eine Regulierung der Finanzmärkte.

Die wachsenden Ungerechtigkeiten in allen wichtigen Bereichen der Gesellschaft – Arbeit und Bildung, Gesundheit und Pflege, Familie und öffentliche Daseinsvorsorge, Mitbestimmung und Demokratie – führen dazu, dass mehr und mehr Menschen die Chance auf ein erfülltes, selbstbestimmtes Leben verweigert wird. Alle Regierungen der vergangenen Jahre haben Reiche und große Unternehmen steuerlich entlastet und den Banken per Gesetz ermöglicht, Geld durch waghalsige Spekulationen zu verbrennen. Keine Regierung hat etwas gegen steigende Mieten und die Privatisierung öffentlichen Eigentums getan. Immer wieder wurde die dreiste Behauptung aufgestellt, es gäbe zu all dem keine Alternative.

Wir sagen: Doch, die gibt es. Umdenken! Umsteuern! Umverteilen! Dafür macht DIE LINKE Druck. Ohne sie wären Entscheidungen wie die Abschaffung der Praxisgebühr nicht zustande gekommen, würden Themen wie der Mindestlohn oder Mietpreisbremsen nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden, diskutierte man kaum über die Beendigung von Kriegseinsätzen und Rüstungsexporten, lägen keine Vorschläge für eine ökologische Wende vor, die zugleich auch eine soziale Wende bedeutet.

Gerechtigkeit, aber nur ein wenig? Frieden, aber nur ein bisschen? Steigender Wohlstand, aber nicht für alle? Anders als andere Parteien will DIE LINKE keine halben Sachen. Sie hat ein klares Ziel: 100 Prozent sozial! Deshalb bitten wir Sie: Geben Sie der gesellschaftlichen Mehrheit eine starke parlamentarische Stimme!
Wählen Sie am 22. September DIE LINKE!

Katja Kipping
Vorsitzende
der Partei DIE LINKE

Bernd Riexinger
Vorsitzender
der Partei DIE LINKE

Dr. Gregor Gysi
Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE. im Bundestag